Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3920

Beratende Versammlung des Europarates
Deutsche Delegation

Bericht

über die Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 27. bis 31. Januar 1969 in Straßburg

Die Januar-Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates begann mit einer Debatte über die europäische Politik auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung. Bundesminister Stoltenberg berichtete der Versammlung über die Ergebnisse der Dritten Europäischen Weltraumkonferenz, die im November 1968 in Bad Godesberg zu einem Zeitpunkt stattgefunden hatte, da die europäische Zusammenarbeit in der Weltraumforschung nicht ausschließlich, aber vorwiegend wegen finanzieller Schwierigkeiten ernsthaft in Frage gestellt schien. Trotz starker Interessenunterschiede der europäischen Staaten sei eine Einigung über ein Basisprogramm erzielt worden, und die finanziellen Mittel für die ESRO in den nächsten Jahren seien gesichert; noch in diesem Jahr werde eine Konvention über eine europäische Weltraumorganisation vorgelegt. Die Krise in der ELDO sei jedoch noch nicht beigelegt, und im EURATOM entstünden neue Schwierigkeiten; hier sehe er eine ernste Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents.

Als Berichterstatterin des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie befaßte sich Abg. Frau Dr. Maxsein (CDU/CSU) mit den langfristigen Perspektiven europäischer Raumforschung; sie ging davon aus, daß man zwar von der technologischen Lücke in Europa überzeugt sei, aber die Bedeutung einer gemeinsamen Raumfahrtpolitik trotzdem noch nicht erkannt habe. Da Europa über die Mittel verfüge, habe es auch die Pflicht, sie einzusetzen, nicht nur um selbst in der Welt konkurrenzfähig zu bleiben, sondern auch um den Entwicklungsländern wirksamer helfen zu können. Man sei sich noch nicht genügend bewußt geworden, auf welchem Gebiet des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens die Raumforschung sich heute schon auswirke und welche Folgen sie für die kommenden Generationen haben werde; daher müßte die europäische Öffentlichkeit alarmiert und die Regierungen zu energischem Handeln gedrängt werden.

In der Debatte zu dem Bericht warnte Abg. Flämig (SPD) davor, die Raumforschung nur unter kommerziellen Gesichtspunkten zu betrachten und vor technischen Schwierigkeiten zu kapitulieren; eine großzügige europäische Industriepolitik werde auch die noch zögernden Länder für die Zusammenarbeit gewinnen.

Abg. Draeger (CDU/CSU) machte darauf aufmerksam, daß die Europäer in den letzten Jahrzehnten von Lizenzgebern zu Lizenznehmern geworden seien, und daß sich Europa als Handels- und Industriemacht nicht behaupten werde, wenn es versäume, auf dem Gebiet der Raumforschung den Anschluß an die amerikanische und russische Entwicklung zu suchen.

Abg. Frau Herklotz (SPD) nahm im Namen des Landwirtschaftsausschusses Stellung zu dem Bericht, den die FAO der Beratenden Versammlung vorgelegt hatte und der einen erfreulichen Anstieg der Nahrungsmittelproduktion in der Welt und namentlich in den Entwicklungsländern verzeichnen könne. Die Rednerin begrüßte ebenso wie der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses, Abg. Dr. Freiherr von Vittinghoff-Schell (CDU/CSU), die gute Zusammenarbeit zwischen FAO und Europarat, der sich weiterhin für eine Koordinierung der landwirtschaftlichen Produktion einsetzen wolle. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Ideen von Präsident Mansholt hingewiesen. Abg. Dr. Rinderspacher (SPD) glaubte, daß dessen Vorstellungen keineswegs so revolutionär seien, wie die ersten Reaktionen vermuten ließen; ähnliche Gedanken seien auch früher schon geäußert worden, und die Landwirte selbst beurteilten sie gar nicht so negativ; allerdings müsse der Plan noch in seinen Einzelheiten diskutiert werden, und der Landwirtschaftsausschuß werde seinen Teil zu einer gründlichen Prüfung beitragen.

In der Sozialdebatte, die dem 50jährigen Bestehen des Internationalen Arbeitsamtes galt, hob Abg. Dr. Kübler (SPD) drei Punkte hervor, die im kommenden Arbeitsprogramm besonders berücksichtigt werden sollten, nämlich die berufliche Aus- und Fortbildung, die Förderung der modernen Arbeitsmedizin und die Frage der Mitbestimmung, für die mehr

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

als nur Modellvorstellungen entwickelt werden müßten.

Den Bericht des Ministerkomitees legte Staatssekretär Jahn in Vertretung des amtierenden Präsidenten Willy Brandt vor; im ersten Teil gab er Auskunft über die Tätigkeit des Ministerkomitees, das sich eingehend mit den Wünschen der Versammlung beschäftigt habe und ihnen so weit wie möglich zu entsprechen versuche; es sei vor allem bestrebt, die eurpoäische Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und technologischem Gebiet mit Hilfe des zwischenstaatlichen Arbeitsprogramms des Europarates zu fördern; das Ministerkomitee erörtere laufend darüber, wie die Beziehungen der Mitgliedstaaten des Europarates zu den osteuropäischen Staaten verbessert werden könnten. Im zweiten Teil machte Staatssekretär Jahn einige Ausführungen zur Politik der Bundesregierung, deren Hauptziele die wirtschaftliche und politische Einheit Europas und die Sicherung des Friedens in der Welt und in Europa seien. In diesem Sinne betreibe sie auch ihre Ostpolitik; durch einen Austausch von Gewaltsverzichterklärungen hoffe sie, die Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks zu normalisieren; an der Rechtslage Berlins habe sich nichts geändert, deshalb könne es niemand verwehren, daß die Bundesversammlung auch diesmal nach Berlin einberufen werde.

In der Diskussion zu dem Bericht des Ministerkomitees erinnerte Abg. Dr. Schulz (Berlin) (SPD) daran, daß die Versammlung vor einem Jahr in einer Empfehlung ein langfristiges und anspruchsvolles Arbeitsprogramm des Europarates vorgeschlagen habe, das von dem Ministerkomitee zwar weitgehend gebilligt worden sei, zu dessen praktischer Durchführung aber noch erhebliche Anstrengungen erforderlich seien; er glaube, aus dem Ministerbericht entnehmen zu können, daß dieses Programm die konkrete Unterstützung der Regierungen erhalten werde und rechne damit, daß zu seinem 20jährigen Jubiläum der Europarat eine Grundsatzerklärung der Öffentlichkeit übergeben werde, die seine Aufgaben und Ziele konkret herausstelle und nicht nur deklamatorischen Charakter habe.

Der Ausschuß für die europäischen Nichtmitgliedsländer legte drei Berichte über Osteuropa vor, darunter einen von Abg. Schmidt (Würgendorf) (SPD) über die Lage in der Tschechoslowakei und von Abg. Frau Klee (CDU/CSU) über die Einstellung der Ostblockländer zu einer Zusammenarbeit mit den Ländern des Europarates. Abg. Schmidt (Würgendorf) (SPD) führte aus, daß es der sowjetischen Besatzungsmacht zwar gelungen sei, den Kurs der Reformer zu stoppen, daß aber überall im Lande noch Kräfte vorhanden seien, die hinter den Forderungen der Reformer stünden; nicht nur heroische Einzeltaten wie die Selbstverbrennung Jan Palachs, sondern auch Protestaktionen der Gewerkschaften und der Studenten hätten die Welt auf die Tragödie des tschechoslowakischen Volkes hingewiesen und den Okkupanten gezeigt, daß es ihnen noch nicht gelungen sei, das Volk zu beruhigen. Abg. Frau Klee (CDU/CSU) ging davon aus, daß die Ereignisse in der Tschechoslowakei nicht nur den ganzen Ostblock in Verwirrung gebracht, sondern auch die kommunistischen Parteien des Westens bestürzt hätten, und daß unter diesen Umständen eine kommunistische Weltkonferenz kaum in Erwägung gezogen werden könne. Moskau versuche, mit einzelnen Ländern des Westens, vor allem mit den USA und Frankreich, in Kontakt zu kommen, um der Isolierung zu entgehen; andere Länder, vor allem Jugoslawien und Rumänien hätten mit westlichen Ländern Wirtschafts- und Kulturabkommen abgeschlossen, aber es sei zu befürchten, daß Moskau sofort wieder intervenieren werde, wenn eines der Ostblockländer seine Kontakte zu weit ausdehnen wolle.

In der politischen Debatte, in der ein Bericht des französischen UNR-Abgeordneten Nessler über die allgemeine politische Lage und des britischen Labourabgeordneten Chapman über die wirtschaftlichen Probleme Europas diskutiert wurden und in der der belgische Außenminister Harmel und der britische Lordkanzler Roy Jenkins das Wort ergriffen, sprach Abg. Dr. Schulz (Berlin) (SPD); er stellte fest, daß die Bilanz der reinen Tatsachen in der europäischen Politik des vergangenen Jahres zwar enttäuschend sei, daß er aber aus den Berichten und Reden dieser Tagung ein neues Verantwortlichkeitsgefühl für den Zusammenschluß Europas herauszuhören glaube; eine politische Autorität, die mit hinreichenden Machtbefugnissen ausgestattet und demokratisch kontrolliert werde, sei zwar unentbehrlich, aber keiner seiner Vorredner habe hierzu konkrete Vorstellungen entwickelt; solange das Veto-Recht bestehe, könnten alle notwendigen Aktionen verhindert werden; nur im Europarat sei eine permanente Diskussion zwischen EWG- und EFTA-Staaten, zwischen NATO- und neutralen Ländern möglich, und hier könne auch eine gemeinsame Außenpolitik entwickelt werden, die heute nicht mehr unbedingt an die Verteidigungspolitik gekoppelt sei. An die Stelle europäischer Hilfskonstruktionen müßten neue europäische Organe treten, die nicht mehr der Willkür nationaler Regierungen ausgeliefert seien; sie sollten durch parlamentarische Initiativen geschaffen werden.

Auch Abg. Kahn-Ackermann (SPD) war der Meinung, daß ohne demokratische Institutionen und parlamentarische Initiativen eine koordinierte europäische Politik nicht erwartet werden könne. Der Europarat sei allerdings kaum das Organ, das entscheidende Vorstöße machen könne, schon wegen seiner neutralen Mitglieder, die es ablehnen, sicherheitspolitische Fragen zu diskutieren. Eine neue politische Gemeinschaft müsse allen offenstehen, die sich auf ein Höchstmaß von politischer Integration zu einigen bereit sind. Der Redner wies mit Entschiedenheit den Vorwurf eines britischen Kollegen zurück, die Selbstgefälligkeit der Deutschen über ihre Wirtschaftskraft hindere die europäische Einigung; die Deutschen hätten vielmehr bis jetzt die größten Vorleistungen für eine wirtschaftliche Gesundung Europas erbracht.

Abg. Dr. Rutschke (FDP) sagte, da der Ministerrat nicht willens sei, die Forderungen der europäischen Völker nach Weiterführung der Integration zu erfüllen, müßten die Befugnisse eines direkt gewählten Parlaments erweitert und eine Instanz geschaffen werden, die verpflichtet und in der Lage sei, die

europäische Einigung zu einem guten Ende zu bringen.

Abg. Lenze (Attendorn) (CDU/CSU) begrüßte die Ausführungen des belgischen Außenministers Harmel, die positive Aussichten böten; die Unruhe in der Jugend sei doch darauf zurückzuführen, daß sie der jetzt herrschenden Generation Müdigkeit und Ideenlosigkeit vorwerfe; diese Jugend habe kein Verständnis für nationalen Egoismus und erwarte mutige Schritte in ein neues Zeitalter. Auch er wandte sich gegen den Vorwurf der „Selbstgefälligkeit der Bundesrepublik", die immer bereit gewesen sei, den Partnern beizustehen, wenn diese in Schwierigkeiten geraten seien.

Abg. Dr. von Merkatz (CDU/CSU) führte die geringen Fortschritte in der europäischen Politik darauf zurück, daß sich die Regierungen in allen entscheidenden Fragen nicht einig seien; es gäbe keine gemeinsame Haltung weder gegenüber Amerika noch gegenüber Osteuropa noch gegenüber der Dritten Welt; die von Minister Harmel entwickelten Gedanken könnten dazu führen, daß sich allmählich jene politischen Grundvorstellungen durchsetzten, die die Voraussetzung für Europas Einigung darstellten.

In einer ausgedehnten und lebhaften Debatte über die Griechenlandfrage, zu der ein Bericht des holländischen Sozialisten van der Stoel vorlag, erklärte Abg. Dr. Kopf (CDU/CSU), er halte den gegenwärtigen Moment nicht für geeignet, endgültige Entscheidungen zu treffen, da die europäische Menschenrechtskommission ihr Votum noch nicht abgegeben habe und der griechischen Regierung noch die Möglichkeit gegeben werden sollte, die Artikel der Verfassung in Kraft zu setzen, die einstweilen von ihr noch suspendiert seien. Außerdem müsse man bedenken, daß Griechenland als Mitglied der NATO in der gegenwärtigen prekären militärischen Situation im Mittelmeer ein strategischer Faktor von erheblicher Bedeutung sei und eine Isolierung dieses Landes für die europäische Gemeinschaft sich ungünstig auswirken könne. Ferner sei zu überlegen, ob der Europarat nicht größere Einwirkungsmöglichkeiten auf die griechische Militärregierung habe, solange Griechenland noch sein Mitglied sei.

Abg. Dr. Schulz (Berlin) (SPD) erinnerte daran, wie die Diktatur in Deutschland 1933 begann, und wie sehr sich auch damals das Ausland vor beruhigenden Worten habe täuschen lassen; er könne nicht daran glauben, daß sich die griechischen Diktatoren mäßigen würden, wenn nicht von außen heftiger Widerspruch erfolge, und er sei überzeugt, daß die unterdrückten Griechen für diesen internationalen Widerspruch dankbar seien. Seiner Meinung nach hätte in der Entschließung der Beratenden Versammlung eine noch viel schärfere Sprache gesprochen werden müssen.

In der Debatte über Rechtsfragen stand das Problem der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Verjährung von Völkermord zur Diskussion. Abg. Bauer (Würzburg) (SPD) stellte fest, daß das Ministerkomitee 4 Jahre lang nicht vermocht habe, eine Vereinbarung auszuarbeiten. Wenn es auch schwierig sei, zu einer exakten Definition der Begriffe zu gelangen, so könne man doch nach neuen Wegen suchen, da es sich hier ja um vorher nicht vorhandene Tatbestände handele. Es gehe auch nicht nur um die Bestrafung von Verbrechen, die vor einem Vierteljahrhundert begangen wurden und heute kaum mehr ganz aufzuklären sein dürften, sondern darum, eine Barriere gegen noch schlimmere Entwicklungen aufzurichten. Daher müsse der Europarat weiterhin auf eine Konvention hinarbeiten, in der die Begriffe definiert und Verbrechen gegen die Menschlichkeit für unverjährbar erklärt würden.

Abg. Dr. Wahl (CDU/CSU) machte in diesem Zusammenhang auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die in der Bundesrepublik bei der Aburteilung von Kriegsverbrechen entstanden seien, weil eine exakte Klärung der Vorgänge kaum noch möglich sei; anerkannte internationale Juristen hätten darauf hingewiesen, daß sich der Grundsatz nulla poena sine lege, der im deutschen Grundgesetz verankert sei, sich mit der Unverjährbarkeit nicht vereinbaren lasse. Wenn die verschiedenen Einwände beachtet würden, könne jedoch eine Konvention erarbeitet werden, die brauchbar sei und in der auch die Unverjährbarkeit des Völkermords für die Zukunft festgelegt werden könne. In anderem Zusammenhang sprach sich der Redner für die Einrichtung einer europäischen Gesetzgebungskommission aus, die auf europäischer Ebene die Aufgaben wahrzunehmen hätte, die in den kontinentalen Ländern von den Justizministerien wahrgenommen werden.

Der Sprecher:
Dr. Günther Serres MdB

Der Stellvertretende Sprecher:
Dr. Klaus-Peter Schulz MdB